

Amtliches Kreisblatt

für den Kreis Freystadt

Schriftleitung: Landratsamt Freystadt. — Druck und Verlag von Rudolf Gelsler, Freystadt. — Postcheckkonto Breslau Nr. 18221
 Bezugspreis monatlich 35 Goldpfennig. — Insertionspreis: die 4gespalt. Millimeter-Höhe 5 Goldpfennig, die 2gespaltene Millimeter-
 Höhe im amtlichen Teil 10 und im Reklameteil 20 Goldpfg.

Nr. 53

Mittwoch, den 5. August

1931

145. Vierteljahrs-Ausweis

über die Einnahmen und Ausgaben des Gemeindeverbandes Freystadt N.-Schl.

Vierteljahr April/Juni des Rechnungsjahres 1931.

A. Ordentlicher Haushalt.

Aus dem Vorjahr, und zwar:

a) Bestand zur Deckung realer Verpflichtungen . . .	53 138 RM.
b) Ueberschuß (+). Fehlbetrag (—) des Vorjahrs . . .	— 218 458 „

Zusammen — 165 320 RM.

	Jahressoll (Haushaltsoll + Rechnungssoll der Vorjahrs- reste) RM.	Ist-Einnahme oder Ist-Ausgabe		
		mit Beginn des Rechnungsjahrs bis einschl. des Vorvierteljahrs RM.	im Berichts- vierteljahr RM.	zusammen RM.
	1	2	3	4
I. Einnahmen				
1. Steuern	870 744		60 300	
Davon ab:				
An Unternehmungen und Betriebe und die Ver- mögensverwaltung geleistete Zuschüsse	123 262		50 174	
Verbleiben	747 482		10 126	
2. Sonstige Einnahmen:				
Allgemeine Verwaltung	49 800		5 225	
Schulwesen	9 714		132	
Tiefbauwesen	32 900		4 840	
Wohlfahrtspflege u. Gesundheitswesen (ausschließ- lich Arbeitslosenfürsorge und Wohnungswesen)	248 250		12 785	
Arbeitslosenfürsorge (Krisenfürsorge)	—		—	
Wohnungswesen	—		—	
Besondere gemeinnützige Anstalten u. Einrichtungen	—		—	
Uebrige Räumereiverwaltungen	1 006		408	
Einnahmen insgesamt	1089 152		33 516	
(abzüglich der Zuschüsse an Unternehmungen, Betriebe und Vermögensverwaltungen)				
II. Ausgaben				
1. Allgemeine Verwaltung	102 916		27 022	
2. Schulwesen	—		—	
a) Volksschulen				
b) Sonstige Schulen	43 450		2 119	
3. Tiefbauwesen (Wege-, Straßen-, Brückenbau und -unterhaltung)	350 069		43 240	
4. Wohlfahrtspflege u. Gesundheitswesen (ausschließ- lich Arbeitslosenfürsorge und Wohnungswesen)	520 414		60 144	
5. Arbeitslosenfürsorge (Krisenfürsorge)	—		—	
6. Wohnungswesen	—		—	
7. Besondere gemeinnützige Anstalten u. Einrichtungen	—		—	
8. Uebrige Räumereiverwaltungen (soweit nicht unter 1 bis 7 angeführt)	11 650		2 650	
9. Umlagen an den übergeordneten Gemeindeverband	103 911		—	
Ausgaben insgesamt	1132 410		135 175	
Mithin: Mehrausgabe			101 659	

B. Außerordentlicher Haushalt.

Aus dem Vorjahr und zwar:

a) Bestand zur Deckung restlicher Verpflichtungen	52 756 RM.
b) Ueberschuß (+), Fehlbetrag (—) des Vorjahres	— "
Zusammen	52 756 RM.

	Jahressoll (Haushaltsoll + Rechnungsoll der Vorjahrs- reste) RM.	Ist-Einnahme oder Ist-Ausgabe		
		mit Beginn des Rechnungsjahrs bis einschl. des Vorvierteljahrs RM.	im Berichts- vierteljahr RM.	zusammen RM.
		1	2	3
I. Einnahmen				
1. Schuldenaufnahme				
2. Fondsentnahme				
3. Sonstige Einnahmen				
Einnahmen insgesamt				
II. Ausgaben				
1. Tiefbauwesen (Wege-, Straßen-, Brückenbau- und -unterhaltung)			69	
2. Arbeitslosenfürsorge				
3. Wohnungswesen				
4. Sonstige Ausgaben der Räumereiverwaltungen				
Ausgaben insgesamt			69	
Mehrausgabe			69	

A b s c h l u ß.

A. Ordentlicher Haushalt.

Aus dem Vorjahr	165 320 RM.
Mehrausgabe (—) aus den Monaten April bis Juni 1931	102 103 "
Ergibt Mehrausgabe am Schlusse des Berichtsvierteljahrs	267 423 RM.

B. Außerordentlicher Haushalt.

Aus dem Vorjahr	52 756 RM.
Mehrausgabe aus den Monaten April bis Juni 1931	69 "
Ergibt Bestand am Schlusse des Berichtsvierteljahrs	52 687 RM.

146.

Steuerordnung für die Erhebung einer Wertzuwachssteuer Wertzuwachssteuerordnung des Grenzkreises Freystadt Nd.-Schles.

Auf Grund der §§ 16, 17, 19 und 20 des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes vom 23. April 1906 (GS. S. 159) in der jetzt geltenden Fassung, des Gesetzes über Aenderungen im Finanzwesen vom 3. Juli 1913 (RGBl. S. 521), des § 38 des Preussischen Ausführungsgesetzes zum Finanzausgleichsgesetze (GS. 1930 S. 249) und des Beschlusses des Kreistages vom 2. Juni 1931 wird für den Kreis Freystadt Niederschlesien folgende Steuerordnung erlassen:

§ 1

(1) Bei Rechtsvorgängen, die den Uebergang des Eigentums an Grundstücken und Grundstücksteilen in dem Landkreise Freystadt N.-S. betreffen, wird eine Wertzuwachssteuer erhoben.

(2) Den Grundstücken stehen Berechtigungen gleich, auf welche die Vorschriften des bürgerlichen Rechts über Grundstücke Anwendung finden; ausgenommen sind unbewegliche Bergwerksanteile.

(3) Dem Uebergange des Eigentums an Grundstücken steht gleich der Uebergang von Rechten an dem Vermögen von Personeneinigungen (einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, einer Kommanditgesellschaft,

Aktiengesellschaft, Kommanditgesellschaft auf Aktien, Gewerkschaft, eingetragenen Genossenschaft, eines eingetragenen Vereins oder einer offenen Handelsgesellschaft usw.), soweit das Vermögen der Vereinigung aus in dem Kreise Freystadt N.-S. belegenen Grundstücken besteht, wenn entweder zum Gegenstande des Unternehmens die Verwertung von Grundstücken gehört, oder wenn die Vereinigung geschaffen ist, um die Zuwachssteuer zu ersparen.

§ 2

Die Steuerpflicht tritt ein:

a) bei den zur Uebertragung des Eigentums verpflichtenden Veräußerungsgeschäften mit dem Abschluß des Geschäfts; als Veräußerungsgeschäft gelten auch die im § 5 Abs. 4 des Grunderwerbsteuergesetzes in der Fassung der Bek. vom 11. März 1927 (RGBl. I S. 72) aufgeführten Geschäfte;

b) in allen übrigen Fällen, in denen es eines Veräußerungsgeschäfts zum Uebergang des Eigentums nicht bedarf (Zwangsversteigerung, Enteignung, Ausschluß, Konsolidation), mit Vollendung des Rechtsvorganges, der die Rechtsänderung bewirkt.

§ 3

Steuerpflichtig ist auch ein Rechtsvorgang, der nicht unmittelbar den Uebergang des Eigentums betrifft, aber ein Rechtsgeschäft zum Gegenstande hat, durch welches einem anderen ermöglicht werden soll, über das Grundstück wie ein Eigentümer zu verfügen. Der Eintritt der Steuerpflicht bestimmt sich sinngemäß nach § 2a.

§ 4

Die Besteuerung wird nicht dadurch ausgeschlossen, daß ein nach der Steuerordnung steuerpflichtiger Rechtsvorgang durch einen anderen verdeckt wird.

§ 5

I. Die Zuwachsteuer wird nicht erhoben:

1. beim Erwerbe von Todes wegen im Sinne des § 2 des Erbschaftsteuergesetzes, in der Fassung vom 22. August 1925 (RGBl. I S. 320), sowie beim Erwerb auf Grund einer Schenkung unter Lebenden im Sinne des § 3 des Erbschaftsteuergesetzes, sofern nicht die Form der Schenkung lediglich gewählt worden ist, um die Zuwachsteuer zu ersparen.

2. bei der Begründung, Aenderung, Fortsetzung und Aufhebung der ehelichen Gütergemeinschaft;

3. beim Erwerb auf Grund von Verträgen, die zwischen Miterben oder Teilnehmern an einer ehelichen oder fortgesetzten Gütergemeinschaft zum Zwecke der Teilung der zum Nachlaß oder zum Gesamtgut gehörenden Gegenstände abgeschlossen werden, sowie beim Erwerb auf Grund eines Zuschlages, der in den vor genannten Fällen bei Teilung im Wege der Versteigerung einem Miterben oder Teilnehmer erteilt wird;

4. beim Erwerbe der Abkömmlinge von Eltern, Großeltern und entfernteren Voreltern, sowie beim Erwerb der Eltern von den Kindern; den Eltern stehen gleich die Stief- und Schwiegereltern, ebenso die Adoptiveltern, wenn kein Verdacht besteht, daß die Annahme an Kindes Statt zum Zwecke der Steuerhinterziehung vorgenommen ist;

5. beim Erwerbe durch verdrängte Grenzlands-, Auslands- und Kolonialdeutsche, die durch ihre Verdrängung ihre wirtschaftliche Lebensgrundlage ganz oder zum überwiegenden Teil verloren haben, sofern der Erwerb zum Zwecke der erstmaligen Wiederansiedlung erfolgt und der Veräußerer nachweist, daß er den Veräußerungspreis im Hinblick auf die Nichterhebung der Wertzuwachssteuer entsprechend gesenkt hat;

6. beim Einbringen in eine ausschließlich aus dem Veräußerer und dessen Abkömmlingen oder aus diesen allein bestehende Vereinigung. Die Steuerpflicht tritt ein, wenn nachträglich ein Gesellschafter aufgenommen wird, der nicht zu den Abkömmlingen des Veräußerers gehört;

7. beim Einbringen von Nachlaßgegenständen in eine ausschließlich von Miterben gebildete Vereinigung. Die Vorschrift von Ziffer 6 Satz 2 findet entsprechende Anwendung;

8. beim Austausch im Inland gelegener Grundstücke zum Zwecke der Zusammenlegung (Flurvereinigung), der Ermöglichung einer besseren landwirtschaftlichen Ausnützung von Grundstücken in Gemengelage, der Grenzregelung oder der besseren Gestaltung von Bauflächen (Umlegung), sowie bei Ablösung von Rechten an Forsten, wenn diese Maßnahmen auf der Anordnung einer Behörde beruhen oder von einer gesetzlich hierfür zuständigen Behörde als zweckdienlich anerkannt werden, sowie beim Austausch aus Anlaß der förmlichen Feststellung von Fluchtlinienplänen und der Abtretung von Straßenland;

9. wenn Grundstücke in eine Kapitalgesellschaft (§ 3 des Kapitalverkehrsteuergesetzes) gegen Gewährung von Gesellschaftsrechten eingebracht werden. Dies gilt nicht für Gesellschaften, die den Erwerb, die Verwertung oder die Verwaltung von Grundstücken betreiben (Grundstücksgesellschaften);

10. wenn bei der Verschmelzung von Genossenschaften Grundstücke einer an der Verschmelzung beteiligten Genossenschaft auf die ausnehmende Genossenschaft übergehen;

11. wenn bei der Umwandlung einer Kapitalgesellschaft in eine Genossenschaft Grundstücke der umzuwandelnden Gesellschaft auf die Genossenschaft übertragen werden;

12. bei Grundstücksübertragungen, welche der Besiedelung des platten Landes oder der Schaffung gesunder Kleinwohnungen für Minderbemittelte zu dienen bestimmt sind, wenn als Veräußerer Körperschaften des öffentlichen Rechts oder solche Personenvereinigungen, die sich mit den genannten Zwecken befassen, beteiligt sind. Die Befreiung der Personenvereinigungen tritt nur für den erstmaligen Verkauf ein, wenn der Reingewinn satzungsgemäß auf eine Verzinsung von höchstens 5 o. H. der Kapitaleinlagen beschränkt, bei Auslosungen, Ausscheiden eines Mitgliedes und für den Fall der Auflösung der Vereinigung den Mitgliedern nicht mehr als der Nennwert ihrer Anteile zugesichert und bei der Auflösung der etwaige Rest des Vermögens für gemeinnützige Zwecke bestimmt ist;

13. Wenn das Vermögen einer öffentlichen Körperschaft als Ganzes auf eine andere öffentliche Körperschaft übertragen wird;

14. vom Reich, dem Lande oder den Gemeinden (Gemeindeverbänden), in deren Bereich sich das Grundstück befindet.

II. Zu den Miterben im Sinne der Ziffer 3 und 7 wird der überlebende Gatte gerechnet, der mit den Erben des verstorbenen Gatten gütergemeinschaftliches Vermögen zu teilen hat. Die Steuerbefreiung nach Ziffer 3 und 4 kommen auch Ehegatten von Miterben oder Teilnehmern an einer fortgesetzten Gütergemeinschaft, sowie Ehegatten von Abkömmlingen zu, wenn sie auf Grund des bestehenden Güterstandes ohne rechtsgeschäftliche Uebertragung Eigentümer werden.

§ 6

(1) Als steuerpflichtiger Wertzuwachs gilt der Unterschied zwischen dem Erwerbspreise und dem Veräußerungspreise. Beruht der Erwerb auf einem gemäß § 5 Nr. I Ziffer 1 bis 13 steuerfreien Rechtsvorgange, so ist für die Ermittlung des Wertzuwachses von dem Preise zur Zeit des letzten steuerpflichtigen Rechtsvorganges auszugehen. Werden nach dem 30. Sept. 1930 Grundstücke veräußert, die in der Zeit vom 1. Januar 1919 bis 31. Dezember 1924 bei der Umwandlung einer Kapitalgesellschaft in eine Kapitalgesellschaft anderer Rechtsform von der alten auf die neue Gesellschaft übergegangen sind, so bleibt für die Bemessung des Wertzuwachses auf Antrag des Steuerpflichtigen der insolge der Umwandlung eingetretene Eigentumsübergang unberücksichtigt.

(2) Der Preis bestimmt sich nach dem Gesamtbetrage der Gegenleistungen einschließlich der vom Erwerber übernommenen oder ihm sonst insolge der Veräußerung obliegenden Leistungen und der vorbehaltenen oder auf dem Grundstück lastenden Nutzungen; bei Verträgen über Leistungen an Erfüllungs Statt nach dem Werte, zu dem die Gegenstände an Erfüllungs Statt angenommen werden.

(3) Die auf einem nicht privatrechtlichen Titel beruhenden Abgaben und Leistungen, die auf dem Grundstück kraft Gesetzes lasten (gemeine Lasten), werden nicht mitgerechnet. Der Wert wiederkehrender Leistungen und Nutzungen bestimmt sich nach den Vorschriften der Reichsabgabenordnung.

(4) Ist einem der Vertragsschließenden ein Wahlrecht oder die Befugnis eingeräumt, innerhalb gewisser Grenzen den Umfang der Gegenleistung zu bestimmen, so ist der höchstmögliche Betrag der Gegenleistung maßgebend.

(5) Beim Übergang im Wege der Zwangsversteigerung gilt als Preis der Betrag des Meistgebots, zu dem der Zuschlag erteilt ist, unter Hinzurechnung der vom Ersteher übernommenen gerichtlich festgestellten Leistungen. Im Falle der Abtretung der Rechte aus dem Meistgebot oder der Erklärung des Meistbietenden, daß er für einen anderen geboten habe, tritt an die Stelle des Meistgebots der Wert der Gegenleistung, wenn sie höher ist als das Meistgebot.

(6) Ist ein Preis nicht vereinbart oder nicht zu ermitteln, so tritt an seine Stelle der Einheitswert, der nach den Vorschriften des Reichsbewertungsgesetzes auf den dem steuerpflichtigen Rechtsvorgang vorausgegangenem Feststellungszeitpunkt für das Grundstück festzustellen war, oder, falls ein solcher noch nicht festgestellt worden ist, der gemeine Wert. Ist in dem Einheitswert der Wert solcher Gegenstände enthalten, die der Wertzuwachssteuer nicht unterliegen, so ist der Wert dieser Gegenstände zur Ermittlung des der Steuer zugrunde zu legenden Wertes auszuschneiden. Bildet nur ein Teil eines Grundstücks den Gegenstand des steuerpflichtigen Rechtsvorganges, so ist der auf ihn entfallende Teilbetrag des Einheitswerts der Besteuerung zugrunde zu legen. Der nach Satz 2, 3 maßgebende Wert ist nach den Grundsätzen des Reichsbewertungsgesetzes zu ermitteln. Die Steuerbehörde kann im Einverständnis mit dem Steuerschuldner von der genauen Ermittlung des Wertes absehen und einen Pauschbetrag für die Steuer festsetzen. Dies gilt auch dann, wenn die Versteuerung andernfalls noch ausgesetzt werden müßte.

(7) Das gleiche gilt, wenn auf dem Grundstück eine der im § 1 bezeichneten Berechtigungen oder ein Nießbrauchrecht lastet, zu deren Beseitigung der Veräußerer nicht verpflichtet ist, und der Einheits- oder gemeine Wert (Abs. 6) des Grundstücks unter Berücksichtigung seiner Belastung den Wert der Gegenleistung übersteigt.

(8) Wenn die Beteiligten einen Teil des Entgelts in die Form einer Vermittlungsgebühr, einer den üblichen Zinssatz erheblich übersteigenden Verzinssung des gestundeten Preises oder einer sonstigen Nebenleistung kleiden, so ist der als Teil des Entgelts anzusetzende Betrag durch Schätzung zu ermitteln.

§ 6 a

Betrifft der steuerpflichtige Rechtsvorgang steuerpflichtige und steuerfreie Gegenstände, ohne das Einzelpreise und -werte angegeben werden, so bestimmt die Steuerbehörde den auf die steuerpflichtigen Gegenstände entfallenden Teil der Gesamtsumme, wenn nicht der Steuerpflichtige auf Erfordern innerhalb der ihm bestimmten Frist die Trennung der Preise oder Werte nachholt. Sind zum Zwecke der Steuerersparung dem wahren Wert nicht entsprechende Angaben gemacht worden, so ist der Betrag durch Schätzung zu ermitteln. Das gleiche gilt für die Verteilung des Gesamtbetrages auf mehrere steuerpflichtige Gegenstände.

§ 7

(1) Soweit der Erwerbspreis nicht in Gold-, Renten- oder Reichsmark berechnet ist, wird er gemäß den Bestimmungen des § 2 des Auswertungsgesetzes vom 16. Juli 1925 (RGBl. I S. 117) nach seinem Goldmarkbetrage berechnet. Maßgebend für die Berechnung ist, falls ein Veräußerungsgeschäft abgeschlossen war, das zur Übertragung des Eigentums verpflichtete, der Tag des Abschlusses des Rechtsgeschäftes, in allen übrigen Fällen der Tag der Vollendung des Rechtsvorganges, der die Rechtsänderung bewirkt hat.

(2) Hat der Veräußerer beim Erwerb des Grundstücks in Anrechnung auf den Erwerbspreis Schulverpflichtungen, Hypotheken usw. übernommen, so gilt abweichend von der Bestimmung des vorhergehenden Absatzes für die Berechnung des Goldmarkbetrages der übernommenen Schulverpflichtungen folgendes:

1. Bestehen die Schulverpflichtungen bei der neuen Veräußerung des Grundstücks noch und werden diese von dem neuen Erwerber übernommen, so ist für die Berechnung ihres Goldmarkbetrages der Umrechnungstag des übrigen Erwerbspreises (Abs. 1) maßgebend; jedoch ist ihr Wert für die Berechnung des Erwerbspreises mindestens mit dem gleichen Betrage einzustellen, wie er bei der Berechnung des neuen Veräußerungspreises in Ansatz gebracht worden ist.

2. Sind die Schulverpflichtungen bis zur neuen Veräußerung des Grundstücks getilgt, so ist ihr Goldmarkbetrag nach dem Werte der Leistungen zu berechnen, die der Veräußerer für die Tilgung am Tilgungstage aufgewandt hat, soweit nicht ihr Goldmarkbetrag am Tage des Erwerbs des Grundstücks höher ist.

§ 8

(1) Dem Erwerbspreise sind hinzuzurechnen:

1. Die nachweislich aufgewandten Erwerbskosten einschließlich einer etwa bezahlten Vermittlungsgebühr in ortsüblicher Höhe. An Stelle der nachweislich aufgewandten Erwerbskosten wird auf Antrag des Veräußerers ein Betrag von 6 v. H. des Erwerbspreises als Erwerbskosten angenommen.

2. Die Aufwendungen für Bauten, Umbauten und sonstige dauernde Verbesserungen, auch solcher land- und forstwirtschaftlicher Art, die innerhalb des für die Steuerberechnung maßgebenden Zeitraums gemacht sind und nicht der laufenden Unterhaltung von Baulichkeiten oder der laufenden Bewirtschaftung von Grundstücken dienen, soweit die Bauten und Verbesserungen noch vorhanden sind.

3. Falls der Erwerb im Wege der Zwangsversteigerung erfolgt ist, und der Veräußerer zur Zeit der Einleitung der Zwangsversteigerung Hypotheken- oder Grundschuldgläubiger war, der nachweisliche Betrag seiner infolge der Zwangsversteigerung ausgefallenen Forderungen bis zu dem Einheits- oder gemeinen Werte (§ 6 Abs. 6), den das Grundstück zur Zeit der Zwangsversteigerung hatte. Die Forderungen kommen, wenn sie durch entgeltliches Rechtsgeschäft erworben worden sind, nur in Höhe des geleisteten Entgelts in Anrechnung. Beruht ihr Erwerb auf einer Schenkung oder ist ihre Eintragung innerhalb kürzerer Zeit als sechs Monate vor der Einleitung der Zwangsversteigerung erfolgt, so werden die Forderungen nur berücksichtigt, wenn nach den Umständen Schenkung oder Eintragung keine Steuerersparung bezwecken.

4. Die Aufwendungen, Leistungen und Beiträge für Straßenbauten, andere Verkehrsanlagen einschl. der Kanalisierung, sowie ohne entsprechende Gegenleistung

und Verzinsung geleistete Beträge für sonstige öffentliche Einrichtungen, soweit die Aufwendungen, Leistungen und Beträge innerhalb des für die Steuerberechnung maßgebenden Zeitraumes gemacht oder die zugrunde liegenden Verpflichtungen entstanden sind.

(2) Die Berechnung des Goldmarkbetrages hat gemäß § 7 Abs. 1 Satz 1 zu erfolgen; maßgebend ist:

- a) hinsichtlich der Erwerbskosten (Ziff. 1) der im § 7 Abs. 1 bestimmte Stichtag,
- b) hinsichtlich der Aufwendungen (Ziff. 2) der Tag der Leistung,
- c) hinsichtlich der Hypothek oder Grundschuld (Ziff. 3) der Zeitpunkt ihrer Erwerbung (§§ 3, 5 Aufwertungsgesetz vom 16. Juli 1925, RGBl. I S. 117),
- d) hinsichtlich des für den Erwerb der Forderungen geleisteten Entgelts (Ziff. 3) der Tag der Leistung.

§ 9.

Dem Veräußerungspreis sind hinzuzurechnen:

1. Entschädigungen für eine Wertminderung des Grundstücks, soweit der Anspruch während des für die Steuerberechnung maßgebenden Zeitraumes entstanden und der Betrag nicht nachweislich zur Beseitigung des Schadens verwendet worden ist;

2. ein nach den Vorschriften dieser Ordnung zu berechnender Steuerbetrag, wenn der Erwerber des Grundstücks die Zahlung der Zuwachssteuer übernommen hat.

§ 10.

Von dem Veräußerungspreise sind in Abzug zu bringen die dem Veräußerer nachweislich zur Last fallenden Kosten der Veräußerung und Uebertragung einschließlich der von ihm für die Vermittlung gezahlten ortsüblichen Gebühr, sofern nicht an Stelle des Veräußerungspreises der Einheits- oder gemeine Wert (§ 6 Abs. 6) maßgebend ist.

§ 11.

Beim Tausch von Grundstücken ist die Steuer für jedes Grundstück gesondert zu berechnen.

§ 12.

(1) Bei einem aus Anlaß einer Flurbereinigung, Grenzregulierung oder Umlegung empfangenen Grundstück ist als Erwerbspreis das Entgelt anzusehen, das bei dem letzten steuerpflichtigen Rechtsvorgange für das in die Flurbereinigung usw. gegebene Grundstück gezahlt worden ist.

(2) Ausgleichszahlungen sind dem Erwerbspreise hinzu- oder abzurechnen. Für die Steuerberechnung kommt der auf diesem Wege berichtigte Erwerbspreis und die Größe des aus der Vereinigung empfangenen Grundstücks in Frage. Als Besitzdauer gilt die Zeit von dem Erwerb des in die Flurbereinigung, Grenzregulierung oder Umlegung gegebenen Grundstücks an.

§ 13.

(1) Beschränkt sich der steuerpflichtige Rechtsvorgang auf einen Teil des Grundstücks, so wird der Erwerbspreis dieses Teils nach dem Verhältnis seines Wertes zum Wert des Gesamtgrundstücks berechnet.

(2) Das zu Straßen und Plätzen unentgeltlich abgetretene Land wird in der Weise berücksichtigt, daß der Gesamterwerbspreis nicht auf die ursprüngliche, sondern auf die nach der Abtretung verbleibende Fläche verteilt wird. Hierzu ist nicht erforderlich, daß eine Eigentumsübertragung erfolgt ist.

(3) Werden mehrere Teile des Grundstücks durch verschiedene Rechtsvorgänge von demselben Veräußerer

oder seinen Erben innerhalb drei Jahren veräußert, so ist der Steuerpflichtige berechtigt, den bei einem Geschäft erlittenen, nach den Vorschriften dieser Ordnung zu berechnenden Verlust bei dem Veräußerungspreise des jeweilig letzten Geschäfts innerhalb dieses Zeitpunktes in Abzug zu bringen. Die während des Zeitraums stattgefundenen Veranlagungen sind erforderlichenfalls zu berichtigen; ein diesbezüglicher Antrag ist innerhalb drei Monaten nach Ablauf der dreijährigen Frist zu stellen. Für Erwerbsvorgänge, die vor dem Inkrafttreten dieser Ordnung stattgefunden haben beginnt der Lauf der Frist mit dem Tage, an dem die Ordnung Geltung erlangt.

(4) Aufwendungen kommen nur insoweit in Anrechnung, als sie den veräußerten Teil betreffen. Handelt es sich um eine das Gesamtgrundstück oder mehrere seiner Teile betreffende Anlage, so sind die zu berücksichtigenden Kosten nach dem Verhältnis des Wertes zu verteilen, den die Grundstücksteile zur Zeit der Veräußerungen haben.

§ 14.

(1) Bei der steuerpflichtigen Ueberlassung eines gemeinschaftlichen Grundstücks an einen Mitberechtigten bleibt die Steuerpflicht auf den veräußerten Anteil beschränkt. Bei dem nächsten Steuerfall ist der Wertzuwachs für den eigenen und für den hinzu erworbenen Anteil gesondert zu berechnen und zu versteuern.

(2) Eine gleiche gesonderte Steuerberechnung hat auch in anderen Fällen dann stattzufinden, wenn der Veräußerer Anteile des Grundstücks zu verschiedenen Zeiten erworben hatte.

§ 15.

(1) Die Steuer beträgt:

10 v. H. des Wertzuwachses bei einer Wertsteigerung bis ausschließlich 20 v. H. des Erwerbspreises zuzüglich der Anrechnungen,

11 v. H. bei einer Wertsteigerung von	20 bis	auschl.	30 v. H.
12 " " "	30 " "	" "	50 "
13 " " "	50 " "	" "	70 "
14 " " "	70 " "	" "	90 "
15 " " "	90 " "	" "	110 "
16 " " "	110 " "	" "	130 "
17 " " "	130 " "	" "	150 "
18 " " "	150 " "	" "	170 "
19 " " "	170 " "	" "	190 "
20 " " "	190 " "	" "	200 "
21 " " "	200 " "	" "	210 "
22 " " "	210 " "	" "	220 "
23 " " "	220 " "	" "	230 "
24 " " "	230 " "	" "	240 "
25 " " "	240 " "	" "	250 "
26 " " "	250 " "	" "	260 "
27 " " "	260 " "	" "	270 "
28 " " "	270 " "	" "	280 "
29 " " "	280 " "	" "	300 "
30 " " "	300 v. H. und mehr.		

(2) Die nach Abs. 1 sich ergebende Steuer erhöht sich bei einem zwischen dem Erwerbe und der steuerpflichtigen Veräußerung liegenden Zeitraum

bis zu	1 Jahr	um	100 v. H.
" "	2 Jahren	"	80 "
" "	3 " "	"	60 "
" "	4 " "	"	40 "
" "	5 " "	"	20 "

mit der Maßgabe, daß die Steuer 30 v. H. des Wertzuwachses nicht übersteigen darf. § 6 Abs. 1 Satz 2 und 3 sowie § 25 Abs. 2 Satz 2 finden auf den hiernach maßgebenden Zeitraum entsprechende Anwendung.

(3) Für das 7. und jedes vollendete weitere Jahr des maßgebenden Zeitraumes (Abs. 2) ermäßigt sich der Steuersatz (Abs. 1) um je 1 v. H.

Die Ermäßigung tritt nicht ein, wenn der für die Ermittlung des Wertzuwachses maßgebende Erwerb des Grundstücks in der Zeit vom 1. Januar 1919 bis 31. Dezember 1924 stattgefunden hat oder wenn ein Antrag gemäß § 6 Abs. 1 Satz 3 gestellt worden ist.

(4) Handelt es sich um den Verkauf eines Wohnhauses oder einer Ansiedlungsstätte an Kriegsbeschädigte oder an Hinterbliebene von Kriegsteilnehmern, die auf Grund des Kapitalabsindungsgesetzes Grundstücke erwerben, so kann auf Antrag eine außerordentliche Ermäßigung der Steuer bis zu 50 v. H. gewährt werden, wenn der Veräußerungspreis mit Rücksicht auf die Person des Erwerbers wesentlich niedriger als sonst üblich festgesetzt ist. Die Entscheidung trifft der Kreisaußschuß.

(5) Steuerbeträge, die im ganzen unter 20 RM. bleiben, werden nicht erhoben.

§ 16.

(1) Zur Entrichtung der Steuer ist der Veräußerer verpflichtet; mehrere Steuerpflichtige haften als Gesamtschuldner. Kann die Steuer von dem Veräußerer nicht beigetrieben werden, so haftet der Erwerber bis zum Höchstbetrage von 15 v. H. des Veräußerungspreises. Auf Erwerbungen im Wege der Zwangsversteigerung findet diese Bestimmung keine Anwendung. Die Haftung des Erwerbers erlischt ein Jahr nach der Eintragung der Eigentumsänderung im Grundbuch.

(2) Ist die Vornahme des steuerpflichtigen Rechtsgeschäftes unter Mitwirkung eines Bevollmächtigten oder durch die Tätigkeit eines Vermittlers mit der Maßgabe erfolgt, daß diesem der einen gewissen Betrag übersteigende Teil des Preises verbleibt, so haftet für den auf den Mehrerlös entfallenden Teil der Steuer neben dem Veräußerer als Gesamtschuldner derjenige dem der Mehrerlös zukommt.

§ 17.

(1) Bei Veräußerungen von unbebauten Grundstücken zum Zwecke der Bebauung mit Wohnhäusern wird die Steuer bis auf den Betrag von 2 v. H. des Veräußerungspreises zunächst gestundet und dann bis auf diesen Betrag ermäßigt, wenn innerhalb von zwei Jahren nach Eintritt der Steuerpflicht die Gebäude errichtet sind und ihre Gebrauchsabnahme erfolgt ist.

(2) Die gleiche Ermäßigung tritt ein bei der erstmaligen Veräußerung von Grundstücken, die zum Zwecke der Bebauung mit Wohnhäusern erworben sind und innerhalb von zwei Jahren nach erfolgter Bebauung weiter veräußert werden.

(3) Werden im Falle der Bebauung mit Wohnhäusern in diese gewerbliche Räume eingebaut, so tritt die Stundung und Ermäßigung nur für den Teil der Steuer ein, der dem Wertverhältnis entspricht, in dem die zu Wohnzwecken bestimmten Teile zu den gewerblich genutzten Räumen stehen; dabei ist insbesondere auf die aus den einzelnen Teilen erzielbare Jahresrohmiete abzustellen.

(4) Als zur Bebauung gehöriger Teil des Grundstücks gilt außer dem mit der Baulichkeit besetzten Teil noch das Vierfache der bebauten Fläche, mindestens aber eine als Hof oder Hausgarten genutzte Fläche bis zu 150*) qm.,

*) Anm.: Die Bestimmung der maßgebenden Größe bleibt dem steuerhebungsberechtigten Stadt- und Landkreise unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse jeweils überlassen. Es muß jedoch mindestens stets diejenige Fläche in Ansatz gebracht werden, die nach den geltenden baupolizeilichen Vorschriften von der Bebauung freigelassen werden muß.

§ 18.

I. Die Steuer wird auf Antrag erlassen, erstattet oder ermäßigt:

1. bei Richtigkeit des Rechtsgeschäftes oder des den Eigentumserwerb begründenden Rechtsgeschäftes,
2. bei Aufhebung des Rechtsgeschäftes durch Parteivereinbarung oder infolge Ausübung eines vorbehaltenen Rücktrittsrechts,
3. bei Rückgängigmachung infolge Nichterfüllung der Vertragsbedingungen,
4. bei Preisminderung nach §§ 459 und 460 des BGB. soweit sie eine Ermäßigung der Steuer zur Folge hat,
5. bei Wahl eines geringeren als des höchstmöglichen Betrages der Gegenleistung (§ 6 Abs. 4), soweit sich danach die Steuer als zu hoch festgesetzt ergibt.

II. Der Antrag muß innerhalb eines Jahres nach Eintritt des Ereignisses gestellt werden, auf welches der Erstattungsanspruch sich gründet.

III. Wird die Steuer erlassen, so gilt die Veräußerung und der Rückwerb im Sinne dieser Ordnung als nicht erfolgt.

§ 19.

(1) Die zur Entrichtung der Steuer Verpflichteten und die zur Mithaft Verpflichteten haben innerhalb zweier Wochen nach dem Eintritt des die Steuerpflicht begründenden Ereignisses der Steuerbehörde hiervon sowie von allen sonstigen für die Festsetzung der Steuer in Betracht kommenden Verhältnissen schriftliche Mitteilung zu machen, auch die die Steuerpflicht betreffenden Urkunden vorzulegen.

(2) Auf Verlangen der Steuerbehörde sind die Steuerpflichtigen verbunden, über bestimmte, für die Veranlagung der Steuer erhebliche Tatsachen innerhalb einer ihnen zu bestimmenden Frist schriftlich oder zu Protokoll Auskunft zu erteilen, andernfalls die Ermittlung und Veranlagung durch die Steuerbehörde selbständig vorgenommen werden.

(3) In den Fällen des § 1 sind auch die Gesellschaft oder der Verein zur Anzeige und zur Auskunftserteilung verpflichtet.

§ 20

Die Steuerbehörde ist bei der Veranlagung der Steuer an die Angaben der Steuerpflichtigen nicht gebunden. Wird die erteilte Auskunft beanstandet, so sind dem Steuerpflichtigen vor der Veranlagung die Gründe der Beanstandung mit dem Anheimsstellen mitzuteilen, hierüber binnen einer angemessenen Frist eine weitere Erklärung abzugeben. Findet eine Einigung mit dem Steuerpflichtigen nicht statt, so kann die Steuerbehörde die zu entrichtende Steuer nötigenfalls nach dem Gutachten Sachverständiger festsetzen.

§ 21

(1) Dem Steuerpflichtigen ist über die Veranlagung der Steuer ein schriftlicher Bescheid zuzustellen. Im Falle der Heranziehung der nach § 16 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 Haftenden ist diesen eine besondere Veranlagung zuzustellen.

(2) Die Steuer ist innerhalb acht Tagen nach Zustellung an die in dem Bescheide bezeichnete Kasse zu entrichten.

§ 22

Dem Steuerpflichtigen stehen gegen die Veranlagung die im Kommunalabgabengesetz (bzw. im Kreis- und Provinzialabgabengesetz) gegebenen Rechtsmittel offen.

§ 23

Zumiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieser Steuerordnung werden mit einer Geldstrafe bis zu dem nach dem Kommunalabgabengesetz (bzw. Kreis- und Provinzialabgabengesetz) zulässigem Höchstmaß bestraft, sofern nicht nach den sonstigen Gesetzen eine höhere Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe verwirkt ist.

§ 24

Die Steuerbehörde wird ermächtigt, aus Billigkeitsgründen eine Herabsetzung der Steuer im Einzelfall vorzunehmen. Ebenso können bereits veranlagte Steuern auf Antrag durch die Steuerbehörde aus Billigkeitsgründen ganz oder teilweise erlassen oder niedergeschlagen werden.

§ 25

(1) Diese Steuerordnung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft. Mit dem gleichen Tage tritt die Wertzuwachssteuerordnung vom 7. März 1929 außer Kraft.

(2) Rechtsvorgänge, die vor dem Inkrafttreten dieser Steuerordnung steuerpflichtig geworden sind, unterliegen der Besteuerung nach der bisherigen Steuerordnung. Ob Rechtsvorgänge im Sinne des § 6 Abs. 1 steuerfrei oder steuerpflichtig sind, ist auch für die Zeit vor dem Inkrafttreten dieser Ordnung nach ihr zu bestimmen.

Freystadt N.-Schl., den 2. Juni 1931.

Der Kreisaußschuß.
von Freskow.

(Siegel)

Vorstehende Wertzuwachssteuerordnung des Grenzkreises Freystadt Ndr.-Schlesf. wird auf Grund der §§ 19 und 20 des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes vom 23. April 1906 hiermit genehmigt.

Liegnitz, den 25. Juni 1931.

Namens des Bezirksausschusses.

Der Vorsitzende.

J. B.: gez. Unterschrift

Vorstehender Genehmigung wird hierdurch bis 31. März 1934 zugestimmt. Aus dieser Zustimmung dürfen keine Ansprüche irgend welcher Art gegen den Staat oder das Reich auf Gewährung des Steuerertrages oder in ähnlicher Beziehung hergeleitet werden.

Auf Antrag kann vor Ablauf der Frist die Zustimmung geeignetenfalls verlängert werden.

Breslau, den 7. Juli 1931.

Genehmigung. B./Fr. Nr. 125/9.

Der Oberpräsident
der Provinz Niederschlesien.

J. A. gez. Unterschrift

D. P. I. R. 4. 1405-4.

Veröffentlicht

Freystadt Ndr.-Schlesf., den 24. Juli 1931.

Der Vorsitzende des Kreisaußschusses

147. A. 1.

Volksentscheid „Landtagsauflösung“.

In Abänderung meiner Bekanntmachung vom 20. 7. 1931 — Kreisblatt Nr. 50 Ziffer 135 — wird bestimmt: **Stimmbezirk Nr. 17 Fürstenan:** Abstimmungsraum ist der Gasthof Rubsch.

Freystadt Ndr.-Schl., den 1. August 1931.

Der Landrat.

148.

Betrifft Reichsjugendwettkämpfe 1931.

Die Herren Schulleiter werden noch einmal auf das Schreiben vom 11. 7. 1931 betr. die Reichsjugendwettkämpfe hingewiesen mit der Bitte um genaue Beachtung der dort gemachten Angaben und Vorschriften.

Die Herren Obmänner der einzelnen Bezirke wollen für eine möglichst zeitige Einreichung der Listen an mich in Freystadt Sorge tragen. Die Listen müssen bis spätestens am 14. 8. in meinen Händen sein.

Die Wettkämpfe beginnen **Sonnabend, den 22. 8. früh 8,45 auf dem Sportplatz in Freystadt.**

Freystadt, den 10. 8. 1931.

Der Schulrat.

Der Plan über die Auslegung von Fernsprecherdkabeln in der Saganer Straße, Vindenallee und Färbergasse in Freystadt Ndr.-Schlesf. liegt bei dem Postamt in Freystadt Ndr.-Schlesf. vom 25. 7. ab 4 Wochen aus.

Liegnitz, 23. Juli 1931

Telegraphenbauamt.



Keine Operation! Keine Feder!

Bruchleidende



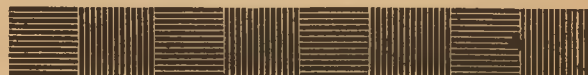
Dr. Blaauw ist nur am Sonnabend, den 8. Aug. 1931,

von 2—3 Uhr in Neusalz, Stadt Berlin

Vorm. 9—12 Uhr in Grünberg, Grüner Kranz

Spezialinstitut Dr. med. Blaauw & Opel, Breslau 16

Sachverständige Auskunft und Beratung!



**Die Vorworte
Anb. Zonen**

Eine erschütternde Chronik des Unterganges der Zarenfamilie, an Hand des authent. Aktenmaterials geschildert, erscheint jetzt in der Wochenschrift

**Deutsche
Illustrierte**

Lesen Sie diesen packenden Tatsachenbericht! Jeden Sonnabend ein reichhaltiges Heft.
Preis 10 Pfg.

Die Deutsche Illustrierte
Verlagsges. mbH., Berlin SW 68

Rudolf Weislers Buchhandlung



